

milischen Christen eine andere Wahrnehmung, Sprache und Theologie hätten als die in der relativen Sicherheit lebenden und aus ihr sprechenden singhalesischen Kirchengremien in Colombo.

Im Zusammenhang mit der Reise, die Johannes Paul II. im Januar 1995 auf die Philippinen führen wird, ist auf dem Rückweg ein kurzer Besuch in Sri Lanka vorgesehen. Geplant ist ein Kurzbesuch von zwei Tagen am 20. und 21. Januar 1995 in Colombo. Während des Besuchs wird Johannes Paul II. die Seligsprechung von Joseph Vaz (1651–1711) vornehmen, der als indischer Oratorianerpriester im 17. Jahrhundert die katholische Kirche vor dem Untergang während der holländischen Kolonialherrschaft bewahrt hat. Im Vorfeld des Besuches hat es eine Kontroverse um die Opportunität des Papstbesuchs zum jetzigen Zeitpunkt gegeben. Seitens tamilischer Katholiken aus dem Gebiet um Jaffna und der Ostprovinz wird eingewandt, daß der Papst angesichts der innenpolitischen Spannungen de facto nur die katholischen Singhalesen besuchen werde.

Spannungen zwischen Christen und Buddhisten

Sri Lanka gilt als Heimat des reinen Theravada-Buddhismus. 1993 wurde das Jubiläum der Einführung des Buddhismus vor 2300 Jahren feierlich begangen. Das Verhältnis zwischen Buddhisten und Christen auf Sri Lanka ist im allge-

meinen gut. Dialog und Begegnung werden von einer Reihe von Einzelpersonen und Gruppen in beiden Religionsgemeinschaften regelmäßig gepflegt und weitergeführt. Protestantische wie katholische Theologen haben sich im Dialog mit Buddhisten engagiert. Die vom protestantischen Theologen Lynn de Silva gegründete Zeitschrift „Dialogue“ wird von Aloysius Pieris SJ weitergeführt. Das von Pieris gegründete Zentrum in Tulana leistet bahnbrechende Arbeit in der Grundlagenforschung und im aktuellen Vollzug des Dialogs mit den Buddhisten.

Belastungen entstehen immer wieder um die Frage der *Konversion* und der Missionsbestrebungen christlicher Kirchen und Gruppen. Buddhistische Führer reagieren auf Kampagnen meist evangelikaler Gruppen, durch oft großzügigen Einsatz finanzieller Mittel unter den Buddhisten Bekehrungen zu erreichen, mit scharfer Kritik. Im August 1993 wurde eine große Konferenz mit Vertretern der vier großen Religionen – Buddhismus, Hinduismus, Islam und Christentum – abgehalten, um das Problem der *Konversionen mit unlauteren Mitteln* zu besprechen. Wenn man sich auch darauf einigen konnte, Konversionen mit unlauteren Methoden generell zu verurteilen, so blieb es in der Frage, ob Konversionen generell zu mißbilligen seien, bei gegensätzlichen Positionen, da Buddhisten und Hindus jede Form von Mission mißbilligen, Christen und Muslime aber am Verkündigungsauftrag als Wesensbestandteil ihrer religiösen Überzeugung festhalten.

Georg Evers

Kurzinformationen

Situation der Kinder als Schwerpunktthema der EKD-Synode

Bei ihrer diesjährigen Tagung vom 6. bis 11. November in Halle/Saale widmete sich die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland als Schwerpunktthema der Lage der Kinder in Gesellschaft und Kirche. Ein Vorbereitungsausschuß hatte eine ausführliche Vorlage zum Thema erarbeitet, weiteren Diskussionsstoff lieferte in Halle das Referat der Kölner Pädagogin Christa Berg. Frau Berg charakterisierte die gegenwärtige Situation der Kinder u. a. mit den Stichworten der „Verhäuslichung“ und „Verinselung“ des Kinderlebens, der

„Equipierung“ der Kindheit mit immer mehr Konsumgütern, der domestizierten Kindheit und der „fürsorglichen Belagerung“ durch die Expansion institutioneller pädagogischer bis kindertherapeutischer Zuständigkeiten und Professionalisierungen. Die Pädagogin forderte, all das zu schützen, was zu Kindern gehöre, ihre Stärke ausmache und nur ihnen ungebrochen eigentümlich sei: „Ihre Neugier, ihre Spontaneität, ihre Konkretion, ihr Vertrauen, ihre Lebensfreude, ihr Lernwille und Lerneifer, ihr Eigen-Sinn.“ In einem Beschluß zum Schwerpunktthema forderte die Synode einen Perspektivenwechsel in dem Sinn, daß Kindern ein fester Platz in der Wahrnehmung Erwachsener eingeräumt werden müsse und sich Erwachsene

immer wieder neu auf den oft mühsamen Prozeß einlassen müßten, Kinder wirklich zu verstehen. An die Adresse der politisch Verantwortlichen richtet sich die Forderung, überzeugende und wirksame kinderfreundliche und familiengerechte Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Kinder, so die Synode, bräuchten eine Kirche, „die sich durch sie prüfen läßt, die für sie eintritt, die ihnen Raum zum Aufwachsen in schwieriger Zeit und darin das Evangelium vom anbrechenden Reich Gottes als Lebenserfüllung anbietet“. Die Gemeinden und alle erwachsenen Christen seien im Blick auf die Hinführung der Kinder zum Glauben nach der Überzeugungskraft ihres Lebenszeugnisses und der Klarheit sowie Verständlichkeit ihres Glaubenszeugnisses

gefragt. Weitere Themen der Synodaltagung in Halle waren neben der Ordnung der Militärseelsorge (vgl. ds. Heft, S. 600) die Situation der *evangelischen Jugendarbeit* sowie die Erfahrungen mit dem neuen *Asylrecht*. Der Synode lag dazu ein ausführlicher Bericht der Kommission für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten des Rates der EKD vor. Dieser Bericht weist auf die gleichen Mängel in der Handhabung des neuen Asylrechts hin wie eine einschlägige Untersuchung des Deutschen Caritasverbandes, über die wir berichtet haben (vgl. HK, Oktober 1994, 510 ff.).

Erster Jahresbericht des Hilfswerkes „Renovabis“

Anfang November legte das neue katholische Osteuropa-Hilfswerk „Renovabis“ mit seinem ersten Jahresbericht 93/94 eine detaillierte Bilanz seiner Tätigkeiten vor. Auf der Habenseite standen im ersten Jahr des Bestehens der neuen Aktion knapp 23,2 Millionen Mark, rund 21,4 Millionen davon standen zur Finanzierung von Projekten zur Verfügung, 1,72 Millionen für Verwaltung, 19,1 Millionen der Projektmittel entstammen dabei der Kollekte, die vergangenes Jahr an Pfingsten abgehalten wurde. Bis zum Jahresende 1993 hat die Aktion „Renovabis“ 542 Projektanträge mit dem Gesamtvolumen von ca. 100 Millionen Mark aus dem gesamten Gebiet des ehemaligen Ostblocks erhalten. 142 davon wurden bewilligt, 13,2 Millionen hierfür zur Verfügung gestellt. Dabei fielen rund 62 Prozent der Anträge auf Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien, 27,5 Prozent auf das Baltikum, Rußland, Weißrußland, die Ukraine, Moldawien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Kasachstan, Usbekistan und andere mittelasiatische und transkaukasische Republiken. Weitere 8 Prozent kamen aus Kroatien, Bosnien, Montenegro und Makedonien. Die Schwerpunkte der eingegangenen Projektanträge lagen auf der Pastoralarbeit und dem Aufbau von Sozial- und Bildungsdiensten.

Zur weiteren Zukunft des 1970 eingerichteten katholischen Europäischen Hilfsfonds in Wien, über den die katholische Kirche in den vergangenen Jahrzehnten ihre Unterstützung für Osteuropa organisiert hatte, erklärte der Geschäftsführer von „Renovabis“, *Eugen Hillengass*, jährlich rund 40 Millionen Mark aus deutschen Kirchensteuermitteln sollten bis 1996 vom Hilfsfonds an das Osteuropa-Hilfswerk „Renovabis“ umgeschichtet werden. Der Hilfsfonds soll künftig die Funktion einer internationalen „Clearing-Stelle“ für Osteuropa-Projekte erhalten und überdies die Mittel der katholischen Kirche Österreichs vergeben.

Westfälische Landessynode zum Transplantationsgesetz

Die neuere, kontroverse medizinethische und theologische Diskussion habe gezeigt, daß die gemeinsame Erklärung „Organtransplantation“ des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1990 der Problemlage nicht mehr gerecht werde. Damit begründet die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen eine Erklärung von Ende Oktober, in der sie die EKD auffordert, in dem in Kürze zu erwartenden Gesetzgebungsverfahren über die Entnahme und Übertragung von Organen einige unverzichtbare Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen: So sei für Christen sowohl Zustimmung zur Organtransplantation als auch Ablehnung eine ethisch verantwortbare Möglichkeit. Weiter sei die Einwilligung des Organgebers unersetzliche Bedingung für die gesetzliche Regelung, diese würde überdies auch dem Organempfänger die Annahme erleichtern. Innerhalb einer solchen „Zustimmungslösung“ sei dringend zu beachten, daß, wenn Menschen eine Einwilligung, aus welchen Gründen auch immer, nicht artikulieren könnten, dies nicht als Zustimmung gewertet werden dürfe. Zu der in jüngster Zeit wieder neu entbrannten Diskussion um das „Hirntodkriterium“ bemerkt die westfälische Synode: Der Be-

fund des vollständigen und unumkehrbaren Erlöschens der gesamten Gehirntätigkeit – die Grundvoraussetzung bei Organspenden – sei als Definition des Todes aus anthropologischen und theologischen Gründen umstritten. Als Definition des Todes dürfe er im Gesetz nicht festgeschrieben werden. Insgesamt sei es dringend erforderlich, eine breite und öffentliche Diskussion zu den Fragen der Organtransplantation zu fördern, damit mündige Entscheidungen der Bürger in der Verantwortung vor Gott und den Menschen möglich würden.

Erneuter Streit um das Kopftuchtragen islamischer Schülerinnen

Einen neuen Höhepunkt erreichte in diesem Herbst der Streit um das Tragen des Kopftuches durch islamische Schülerinnen an staatlichen französischen Schulen. Zu Beginn des neuen Schuljahres wies Erziehungsminister *François Bayrou* in einem Rundschreiben darauf hin, daß das Tragen „ostentativer religiöser Zeichen“ im Prinzip mit dem nichtkonfessionellen Charakter der öffentlichen Schule unvereinbar sei. Er forderte die Schullektoren jedoch zugleich auf, zu verhandeln und von Disziplinarmaßnahmen nur im äußersten Falle Gebrauch zu machen. Einen Monat später erinnerte er die Verantwortlichen katholischer Schulen daran, daß – unbeschadet des eigenen Charakters – das Prinzip der „Laizität“ als „Gründungsprinzip des nationalen Erziehungswesens“ für alle Teile, seien sie öffentlicher oder – vertraglich „assoziiert“ – privater Natur, verbindlich sei. In einem staatlichen Gymnasium in Lille wurden 17 muslimische Schülerinnen ausgeschlossen, als sie darauf bestanden, am Unterricht mit Kopftuch verschleiert teilzunehmen. Andernorts kam es auch zu Lösungen, bei denen der Ausschluß von der Schule vermieden wurde. Katholische Schulen erklärten sich z.T. bereit, Schülerinnen aufzunehmen, die aus Gründen des Kopftuchtragens ihre Schulen verlassen mußten. Die Ereignisse lösten eine

breite Debatte über Sinn und Unsinn dieser Vorschrift aus. Sprecher der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) in Frankreich riefen die Schülerinnen dazu auf, nicht auf dem Tragen des Kopftuchs zu bestehen. In Teheran demonstrierten Studentinnen mit Tschador aus Solidarität mit ihren „unterdrückten Schwestern in Frankreich“. Der Vorsitzende der Französischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Joseph Duval*, und der Erzbischof von Paris, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, lobten das Schreiben des Erziehungsministers wegen seines moderaten Tons, sprachen sich aber für eine flexible Handhabung der Regelung aus. Lustiger betonte, diese Frage sei nicht auf religiöser Ebene zu lösen, sondern stelle eine Frage der „öffentlichen Ordnung“ dar. Er sprach sich für eine „tolerante Laizität“ in Frankreich aus. Dem Islam müsse man Zeit einräumen, damit er sich in „unsere nationale Geschichte und unsere nationale Kultur“ einfinde.

Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz

Im Mittelpunkt der einzigen Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz dieses Jahres (sie fand vom

4. bis 9. November hinter verschlossenen Türen in Lourdes statt) stand ein viel beachteter Bericht des Bischofs von Angoulême, *Claude Dagens*, zur Lage des Glaubens in der modernen, laizistischen und demokratischen Gesellschaft. Dagens und seine theologischen Mitautoren gehen darin auf die sozialen und kulturellen Bedingungen, unter denen heute der Glaube lebt, ebenso ein wie auf die existentielle Lage des Individuums mit seinem Glauben und auf dessen institutionelle Seite. Der Glaube sei nicht mehr unbedingt selbstverständlicher Bestandteil des kulturellen Erbes, heißt es in dem Bericht. Mehr und mehr wendeten sich Menschen an die Kirche, die mit dem Glauben „wiederbeginnen“ möchten. Lange habe man die Weitergabe des Glaubens auf „Zeiten der Stabilität“ hin gedacht. Nun gehe es darum, sich für Menschen zu öffnen, bei denen der Glaube aus Anlaß von bestimmten biographischen „Brüchen“ geweckt worden sei. Die Moderne habe den Glauben nicht entleert. Sie zwingt ihn vielmehr, sich und die Welt auf der Basis der eigenen Quellen neu zu durchdenken. „Das Bekenntnis des christlichen Glaubens kann nicht länger als ein konkurrierendes System erscheinen, das sich demjenigen entgegen-

stellt, das sich aus einem kämpferischen Rationalismus ableitet. Die Einführung in den Glauben und in das Leben als Christ besitzt heute neue Chancen, Anerkennung zu finden.“ Die Zeit sei vorüber, in der die Kirche wie eine *herrscherliche Macht* habe erscheinen können. Heute finde sie Anerkennung für das, was sie ihrem Wesen nach sei: „der Ort eines Glaubens, der empfangen, gelebt und der gesamten Gesellschaft zum Angebot gemacht wird, ohne daß dieses Angebot als Ausdruck eines hegemonistischen Anspruchs erscheint“. Der Bericht soll in den nächsten Monaten in den Diözesen diskutiert und auf der Vollversammlung in einem Jahr von der Gesamtkonferenz verabschiedet werden. Zu den weiteren Themen der Vollversammlung gehörte eine Strukturreform der Bischofskonferenz, mit der – so der Konferenzvorsitzende, Erzbischof *Joseph Duval*, in einem Zeitungsinterview (*La Croix*, 4.11.94) – die Strukturen „vereinfacht“ werden sollen. Medienbeobachter gaben sich zurückhaltend bei der Frage, inwieweit es auf diese Weise in Zukunft gelinge, die mangelnde „Effektivität“ der Arbeit und das „Desengagement“ auf überdiözesaner Ebene nachhaltig abzubauen (vgl. *Le Monde*, 8.11.94).

Bücher

HANS KÜNG, *Das Christentum. Wesen und Geschichte*. Verlag Piper, München – Zürich 1994, 1056 S., 88,- DM.

Hans Küng legt mit diesem Buch den zweiten Band seines Gesamtprojektes „Zur religiösen Situation der Zeit“ vor, von dem bisher der Band „Das Judentum“ erschienen ist und ein weiterer über den Islam noch aussteht. Bei dem neuesten Band handelt es sich – den inhaltlichen wie methodischen Vorgaben des Gesamtprojektes fol-

gend – nicht um eine herkömmliche Christentumsgeschichte. Küng durchquert auf gut 800 Seiten die Geschichte des Christentums auf der Basis des Kuhnschen Paradigmenmodells – die Kapitel über die Frage nach dem Wesen und Zentrum des Christentums wirken demgegenüber eher wie einleitende Teile. Konstellationen „von Überzeugungen, Werten, Verfahrenswesen usw., die von den Mitgliedern einer gegebenen Gemeinschaft geteilt werden“ – so die Kuhnsche Definition eines Paradigmas –, sind für Küng das,

was er nennt: *das jüdisch-apokalyptische Paradigma des Urchristentums, das ökumenisch-hellenistische Paradigma des christlichen Altertums, das römisch-katholische Paradigma des Mittelalters, das protestantisch-evangelische Paradigma der Reformation, das vernunft- und fortschrittsorientierte Paradigma der Moderne*. Letzteres mündet wiederum in Überlegungen zu dem ein, was der Autor bereits an anderer Stelle zum Thema „Weltethos“ veröffentlicht hat. Vieles von dem, was bei früheren Etappen dieses Projektes